

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Deist, Arendt (Wattenscheid)
und Fraktion der SPD

betr. Krise im deutschen Eisenerzbergbau

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr den Bezug deutscher Erze in einem solchen Umfange einschränken will, daß 23 Schachtanlagen von einer Stilllegung bedroht sind, auf denen über 40 Prozent der im deutschen Eisenerzbergbau Beschäftigten arbeiten und 35 v.H. des deutschen Eisenerzes gefördert werden?
2. Weiß die Bundesregierung, daß die von Stilllegungen bedrohten Gruben in wirtschaftlich schwachen Gebieten, insbesondere auch im Zonenrandgebiet, liegen, in denen Industrien zur Aufnahme freiwerdender Arbeitskräfte fehlen und infolgedessen unter den Belegschaftsmitgliedern und ihren Angehörigen erhebliche soziale Unruhe herrscht?
3. Weiß die Bundesregierung, daß zu den Belegschaften eine große Zahl von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone und den deutschen Ostgebieten gehört, die in den deutschen Eisenerzbezirken wieder eine Existenz und Heimat gefunden hat und nunmehr erneut vor der Gefahr steht, ihre Existenz zu verlieren?
4. Welche Vorstellung hat die Bundesregierung von der Zukunft des deutschen Eisenerzbergbaus? Welche Maßnahmen denkt sie zu ergreifen, um eine wirtschaftliche Schwächung der betroffenen Gebiete zu verhindern und die Existenzgrundlage der Beschäftigten zu sichern?

Bonn, den 6. Dezember 1961

Dr. Deist
Arendt (Wattenscheid)
Frau Beyer (Frankfurt)
Bergmann
Hörmann (Freiburg)
Junghans
Kurlbaum
Lange (Essen)

Merten
Michels
Reitz
Schmitt-Vockenhausen
Schmidt (Würgendorf)
Frau Seppi
Wienand
Ollenhauer und Fraktion